

30. März 2020

**REF. Sicherstellen, dass die EU Antwort auf COVID-19 auch auf die Gefahr eines Sozialfürsorge-Notstands reagiert**

Sehr geehrter Präsident der Europäischen Kommission,

Sehr geehrte Frau Ursula von der Leyen,

Wir schreiben, um hervorzuheben, dass die [Versorgung von Millionen von älteren Menschen, Behinderten, Kindern und anderen schutzbedürftigen Menschen](#) in Europa durch die Verbreitung von COVID-19 gefährdet ist.

Auf dem ganzen Kontinent unternehmen die Anbieter von Sozialdienstleistungen, wie viele andere Sektoren auch, unglaubliche Maßnahmen, um Prävention, Unterstützung und Eindämmung effektiv zu steuern. Dies ist umso wichtiger angesichts der Art der Erbringung von Sozialdienstleistungen, die darin besteht, Pflege-, Unterstützungs- und Gesundheitsdienste für Menschen bereitzustellen, die von COVID-19 möglicherweise viel stärker betroffen sind als die allgemeine Bevölkerung, darunter beispielsweise viele ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und andere gefährdete Personen.

Es wird immer deutlicher, dass solche wichtigen, aber grundlegenden Maßnahmen nicht ausreichen. In Italien [wurden bereits die Alarmglocken geläutet, weil](#) die Aktivitäten vieler sozialer Dienstleister im Norden des Landes eingefroren sind, was vor allem auf Finanzierungs- und Personalprobleme zurückzuführen ist. Mit der zunehmenden Verbreitung des Coronavirus ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Herausforderungen, denen sich die Anbieter von Sozialdienstleistungen in Italien stellen müssen, auch in der gesamten Europäischen Union zu bewältigen sein werden; mit noch schlimmeren Auswirkungen in Ländern mit weniger robusten sozialen Unterstützungssystemen. Es gibt nur wenige oder gar keine Hinweise auf detaillierte Pläne auf Ebene der Mitgliedstaaten, um den Sozialdienstleistungssektor oder ihre lokalen Behörden bei der Bewältigung der COVID-19 Epidemie zu unterstützen.

Die Verbreitung von COVID-19 wird die Bereitstellung von Sozialdienstleistungen in mehrfacher Hinsicht vor große Herausforderungen stellen. Einerseits wird erwartet, dass die Nachfrage nach Unterstützung sowohl durch die Zunahme der Krankheit als auch durch die vorzeitige Entlassung vieler Patienten, die derzeit in Krankenhäusern behandelt werden, steigen wird. Gleichzeitig wird das Angebot an Dienstleistungen so weit reduziert, dass viele Dienstleistungen einfach nicht mehr erbracht werden können - wie es in Teilen Italiens bereits der Fall ist.

Europa hat bereits [erhebliche Wartelisten und Personalmangel in der sozialen Betreuung und Unterstützung](#) in den meisten, wenn nicht allen europäischen Ländern. Das potenzielle Risiko, dass bis zu [20 % der Arbeitnehmer](#) arbeitsunfähig werden, hätte erhebliche Auswirkungen auf die [ohnehin schon extrem überlasteten Arbeitskräfte](#). Die Tatsache, dass viele, wenn nicht sogar alle Länder eine bestimmte Personalstärke in der Sozialfürsorge benötigen, wird auch bedeuten, dass viele Dienstleister gesetzlich zur Schließung verpflichtet werden. Die Bereitstellung von angemessener Gesundheits- und Sicherheitsausrüstung für Arbeitnehmer (Masken, Handschuhe usw.) ist ebenfalls problematisch, da das Gesundheitssystem derzeit vorrangig behandelt wird, was das Ansteckungsrisiko in der Sozialfürsorge erhöht.

Kurz gesagt, es besteht ein erhebliches Risiko (und Beweise), dass das Coronavirus zu einem teilweisen Zusammenbruch des Systems der Pflege- und Unterstützungsdienste führen könnte. Dadurch werden die Grundrechte und das Leben von Millionen von Menschen, die durch COVID-19 am meisten gefährdet sind, sowie die Gesundheit, die Beschäftigung und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben von Millionen von Menschen, die die "Pflegelücke" füllen müssen, gefährdet. Genauso wichtig ist es, sicherzustellen, dass die [11 Millionen Beschäftigten der europäischen Sozialdienste](#) - und Millionen von Freiwilligen - in der Lage sind, die Pflege und Unterstützung sicher, gegen Bezahlung und unter angemessenen Arbeitsbedingungen zu leisten. Die Anbieter von Sozialdiensten benötigen detaillierte Unterstützung und Beratung bei der Personalplanung für den Fall, dass sie nicht mehr in der Lage sind, das gesetzlich vorgeschriebene Verhältnis zwischen Personal und Nutzern zu gewährleisten, beim Zugang zu den benötigten Geräten (Medikamente, Handschuhe, Masken usw.) und bei der Bereitstellung der erforderlichen Pflege, falls die Anbieter ihre Tätigkeit einfrieren oder schließen.

Um praktische Antworten auf diese Herausforderung zu finden, sind Maßnahmen auf allen Ebenen erforderlich.

Wir fordern Sie daher dringend auf, sicherzustellen, dass es auf europäischer Ebene eine konzertierte Anstrengung zur Unterstützung der unmittelbaren Notfallmaßnahmen in den Mitgliedstaaten gibt, um **die kontinuierliche Bereitstellung von sozialer Betreuung und Unterstützung in ganz Europa zu gewährleisten**. Daher unterstützen wir Ihre Vorschläge bezüglich staatlicher Beihilfen und der Flexibilität innerhalb des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Wir unterstützen auch sehr Ihren Vorschlag für eine Corona Response Investment Initiative, die auf die Gesundheitssysteme und andere gefährdete Teile unserer Volkswirtschaften abzielt. Damit sollte auch ein spezieller Teil zur Unterstützung der Kontinuität der sozialen Dienstleistungen in ganz Europa gewährleistet werden, der sich auf die oben genannten spezifischen Fragen bezieht.

Als wichtige Vertreter des Sozialdienstleistungssektors in ganz Europa fordern wir die Europäische Union auf, entscheidende Präventiv- und Unterstützungsmaßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass sich eine in erster Linie gesundheitliche Krise in einen sozialen Notstand verwandelt, was sehr schädliche Folgen für das hat, was das Rückgrat der Sozialschutzsysteme für die am meisten gefährdeten Personen in Europa bildet. Im Anhang finden Sie eine Liste von Prioritäten, die die Europäische Union unserer Meinung nach in dieser Hinsicht angehen sollte.

Wir freuen uns darauf, mit Ihnen oder den relevanten Mitgliedern Ihres Kollegiums zusammenzuarbeiten, um spezifische Lösungen für die Bedürfnisse der Sozialfürsorge- und Unterstützungseinrichtungen zu finden. Wir stehen Ihnen auf Wunsch für einen solchen Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Luk Zelderloo  
Generalsekretär EASPD

Jiří Horecký  
Präsident EAN

In Kopie

Herr Nicolas Schmit, Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte

Frau Helena Dalli, Kommissarin für Gleichberechtigung

Herr Janez Lenarčič, Kommissar für Krisenmanagement

Frau Stella Kyriakides, Kommissarin für Gesundheit und Sicherheit

Frau Ylva Johansson, Kommissarin für innere Angelegenheiten

Frau Adina Vălean, Kommissarin für Verkehr

Herr Paolo Gentiloni, Kommissar für Wirtschaft